



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr. 77 • Die Woche im Bundestag • 18.06.2010

Gedenkveranstaltung zum 17. Juni 1953

An diesem Donnerstag haben wir im Rahmen einer Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR an den Unrechtscharakter der SED-Diktatur, den Mut und die Freiheitssehnsucht der ostdeutschen Bevölkerung erinnert.

Der 17. Juni 1953 dokumentiert in besonderer Weise den Unrechtscharakter der SED-Diktatur, den die Linkspartei bis heute nicht anerkennt.

Stattdessen wird die DDR von der Nachfolgepartei der SED immer noch zu einem Sozialstaat verklärt, der – so heißt es im Entwurf ihres neuen Grundsatzprogramms – nicht nur „die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Frauen“, sondern auch „die weitgehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, ein hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der Kultur“ sichergestellt haben soll.

Angesichts des 17. Juni 1953 und der unzähligen Opfer der SED-Gewaltherrschaft ist diese Darstellung blanker Zynismus.

Der Jahrestag des Volksaufstandes sollte allen Parteien in Erinnerung rufen, dass eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei nach wie vor keine Option sein kann.

Entschädigung für SED-Opfer

In der letzten Legislaturperiode haben wir im Deutschen Bundestag durchgesetzt, dass Menschen, die in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR zum Opfer politischer Verfolgung wurden, eine Entschädigung erhalten.

Der Staat würdigt seither den Widerstand ehemaliger politischer Häftlinge gegen die SED-Diktatur mit einer monatlichen Zuwendung in Höhe von bis zu 250 Euro.

Mit unserem neuen Koalitionspartner können wir nun das zugrundeliegende Gesetz weiterentwickeln.

Insbesondere werden wir die Benachteiligung von Beziehern der SED-Opferpension mit Kindern beseitigen und die Berechnung der Mindesthaftdauer als Anspruchsvoraussetzung vereinheitlichen.

Den Jahrestag des 17. Juni nehmen wir zum Anlass, das entsprechende Gesetz in dieser Sitzungswoche in erster Lesung zu beraten.

Qualitätspakt für Lehre unterzeichnet

Wir wollen die Bundesrepublik zur Bildungsrepublik machen. Am vergangenen Donnerstag haben deshalb Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder ein gemeinsames Förderprogramm zur Verbesserung der Studienbedingungen beschlossen.

Mit diesem Programm wird der erfolgreiche Hochschulpakt um eine dritte Säule für mehr Qualität in der Lehre ergänzt und die Betreuung der Studierenden verbessert. Zur Verbesserung des Niveaus der akademischen Ausbildung wird die Bundesregierung bis 2020 insgesamt zwei Milliarden Euro bereitstellen.

An dem Ziel, das wir gemeinsam mit den Bundesländern vor zwei Jahren auf dem Bildungsgipfel in Dresden vereinbart haben, halten wir fest:

Bis zum Jahr 2015 wollen wir zehn Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung investieren.

Obgleich der Bund an den normalen Bildungsausgaben nur einen Anteil von zehn Prozent trägt, haben wir den Ländern angeboten, 40 Prozent der zusätzlich erforderlichen Aufwendungen in Höhe von 13 Milliarden dauerhaft zu finanzieren.

Zur Ausgestaltung des in Dresden vereinbarten Ziels hat Bundesministerin Annette Schavan in den vergangenen Monaten eine ganze Reihe von Vorschlägen unterbreitet:

Mit der Erhöhung des BAföGs und einem Stipendiengesetz wollen wir dafür sorgen, dass niemand aus finanziellen Gründen am Studium gehindert und gute Leistung im Studium belohnt wird.

Mit Bildungsketten und Bildungslotsen wollen wir uns darum kümmern, dass benachteiligte Kinder eine frühe und intensive Förderung erfahren und eine bessere Perspektive für ihre Zukunft erhalten. Wir erwarten nun von den Bundesländern, dass auch sie zu ihrem Wort stehen.

Finanzmarktregulierung in Europa rasch voranbringen

Im Vorfeld des Europäischen Rates der am Donnerstag in Brüssel zusammenkam, haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy die Europäische Kommission eindringlich gebeten, ihre Bemühungen um die Einführung strengerer Kontrollen der Märkte zu beschleunigen.

Dieser Vorstoß hat unsere volle Unterstützung. Leerverkaufspositionen bei Aktien und Anleihen, vor allem im Fall von Staatsanleihen, müssen rasch transparenter gemacht werden.

Insbesondere sollten sich Initiativen der Kommission auch auf die Möglichkeit eines EU-weiten Verbots ungedeckter Leerverkäufe aller oder bestimmter Aktien und Staatsanleihen sowie aller oder bestimmter ungedeckter Kreditausfallsversicherungen erstrecken.

Deutschland ist hier mit gutem Beispiel schon in den letzten Wochen vorangegangen.

Generationenbilanz

Nach neuen Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft und des Forschungszentrums Generationenverträge beläuft sich die so genannte Nachhaltigkeitslücke der Bundesrepublik Deutschland auf knapp 8 Billionen Euro bzw. 315 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Die Nachhaltigkeitslücke setzt sich zusammen aus der bereits heute bestehenden sichtbaren oder expliziten Staatsschuld, die rund 1,7 Billionen Euro beträgt, und der sogenannten impliziten Schuld, in der alle durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten Leistungsversprechen, insbesondere der Sozialversicherungen, zusammengefasst werden. Sie macht heute 250 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus.

(Quelle: Stiftung Marktwirtschaft)

Sparen hat Priorität

Beim Abbau der Staatsverschuldung setzen die Bürger aufs Sparen.

Vor die Wahl gestellt, ob der Staat lieber sparen und seine Ausgaben einschränken oder - etwa durch Steuererhöhungen - mehr Geld einnehmen sollte, entscheiden sich 73 Prozent der Bürger für größere Sparanstrengungen.

Zugleich machen die Deutschen einen Mangel an Gerechtigkeit aus. 70 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns kaum oder gar nicht gerecht sind; 60 Prozent monieren, dass die Bundesrepublik den hier lebenden Menschen sehr unterschiedliche Chancen bietet; 59 Prozent kritisieren, dass es kaum oder keine Generationengerechtigkeit gibt.

Auf die Frage, zu welchem Zweck der Staat ggf. Steuermehreinnahmen verwenden sollte, antworteten 63 Prozent der Befragten: höhere Bildungsausgaben. 62 Prozent der Bürger sprechen sich für den Schuldenabbau, 47 Prozent für eine Senkung der Sozialabgaben, 36 Prozent für eine Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer und 31 Prozent für eine stärkere Unterstützung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen aus.

(Quelle: Bertelsmann Stiftung und Institut für Demoskopie Allensbach)